

Sachsen-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 180.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 1903.

Wanneg-Geld für Halle a. S. Nr. 259/902, durch die Post bezogen 9/02 für das Vierteljahr. Post-Geldung Nr. 1291. Die Halle-Zeitung ist unter monatlich 30 Pfennig. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark.

Zweite Ausgabe

Wanneg-Geldern für die fehlgehaltene Vierteljahr oder deren Raum für Halle a. S. Nr. 259/902, durch die Post bezogen 9/02 für das Vierteljahr. Post-Geldung Nr. 1291. Die Halle-Zeitung ist unter monatlich 30 Pfennig. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark. — **Verlags-Preis:** Halle a. S. (Postbezugsstellen), 3/4 Mark.

Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 87.
Telephon Nr. 168.
Verantwortung: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Sonnabend, 18. April 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.
Telephon-Hör Nr. 11 494.
Verantwortung: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle, den 18. April.

*** Die französische Armee.** Frankreichs Heerwesen sieht am Vorabend einer gewaltigen Reorganisation, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß die französische Armee nach Annahme des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit ein ganz anderes Aussehen haben wird als heute.

Aus den militärischen Umwälzungen, die die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit sich bringen werden, heben sich ganz besonders zwei Gesichtspunkte heraus. Zunächst geht aus den Motiven des neuen Gesetzes klar hervor, daß die Gedanken der Offensive, die schon seit geraumer Zeit die höchsten Militärführer der benachbarten Republik beunruhigen, energig zum Ausdruck gebracht werden sollen und daß demzufolge alles daran gesetzt wird, eine starke, dem Gegner womöglich überlegene Feldarmee erster Linie zu schaffen. In Ausführung dieses Gedankens stehen wir auch der Tatsache gegenüber, daß die Franzosen nach vollendeter Umwandlung der Dienstzeit und unter der Voraussetzung, daß sie die Präsenzpräsenzstärke ihrer Armee auf der gewollten Höhe erhalten können, das deutsche Heer an Zahl der Friedensseinheiten, nämlich bei der Infanterie, nicht unüberblich übertreffen und denselben auch bei den anderen Waffen einen kleinen Vorsprung abgewinnen werden. Die Zahlen, die nach dieser Richtung der Berichterstatter Majon vor dem Parlament erläutert hat, dürften im Großen und Ganzen als zuverlässig angesehen werden und sind bei der Stärkeberechnung von 718 französischen Bataillonen gegenüber 625 deutschen Bataillonen nicht zu hoch gerechnet. Wenn entgegen diesen Angaben in der deutschen Presse darauf hingewiesen wird, daß es mit diesem Mehrbetrag der französischen Infanterie nichts auf sich habe, weil alle Anzeichen dafür sprechen und dies auch in den Geheimnissen der zweijährigen Dienstzeit ihre Bestätigung finden, daß Frankreich in einem zukünftigen europäischen Kriege das 19. Armee Korps in Afrika belassen und somit mit nur 18 Armee Korps ins Feld treten werde, so ist dem entgegenzusetzen, daß die französische Heeresleitung, nach zuverlässigen Nachrichten, vor der Maßnahme steht, eine 4. Kolonial-Infanterie-Division aufzustellen, um daraus mit den bereits vorhandenen 3 Kolonial-Infanterie-Divisionen, die in Paris, Toulon und drei garnisonieren, 2 neue Armee Korps zu formieren und, daß sie ferner beabsichtigt, diese Truppen in erster Linie zur Verstärkung des Grenzschutzes im Osten des Reiches zu verwenden.

Eine erhebliche Überlegenheit der französischen Kavallerie der Zahl nach können wir nicht herausrechnen, wenn gleich feststeht, daß dieselbe auf dem Papier über 2400 Pferde mehr zählt als die unsrige. Aber nicht unerwähnt bleiben darf, daß die französische Kavallerie organisatorisch die vorteilhafteste Einteilung eines Teiles ihrer Reiterei in Divisionen schon im Frieden getroffen und daß sie erst Ende Dezember v. J. eine achte Kavallerie-Division den bisher vorhandenen sieben Divisionen hinzugefügt hat. Ob die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls vorgenommenen Reorganisationen der Divisionen in Verbänden von verschiedenen Stufen sowie nach schwerer und leichter Kavallerie ein besonders glücklicher Gedanke gewesen ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Nur soviel ist gemeint, daß die letztgenannte Formation zeigt, wie die gerade jetzt bei uns so viel umstrittene Frage der Schlachttauglichkeit der Reiterei in Frankreich durch Bildung einer besonderen Schlacht-Kavallerie eine sehr prägnante Lösung gefunden hat.

Auch den Berechnungen des Abg. Majon von einer Überlegenheit der französischen Artillerie von 91 Batterien vermögen wir nicht zu folgen, da die annähernd mehr vorhandenen 5000 Dienstpferde derselben noch keine Mehrzahl der Geschütze beweisen. Ob die französischen Mehrzahlkanonen mit Schützengütern unserer Geschütze 1/06 überlegen sind, steht dahin. Daß in dieser Beziehung noch keine abschließenden Resultate erreicht worden sind, darf bei der Vorsicht und Sorgfalt, mit der bei uns an maßgebender Stelle zu Werke gegangen wird, nicht übersehen. Sollte im Laufe der Zeit die Umwandlung unserer heutigen Geschütze in solche mit Rohrohrlauf und Schützengütern notwendig werden, so wird sie rechtzeitig erfolgen.

Zum Schluß unserer Ausführungen wollen wir noch die Aufmerksamkeit auf den wichtigen § 40 des französischen Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit richten, der den Kriegsmilitär in den Stand setzen soll, ohne vorherige Einberufung des Reichstages in die drohende Kriegsgefahr eine partielle Mobilmachung an den Landesgrenzen und Küstengebieten selbständig anzuordnen. Die Kriegsbereitschaft der französischen Armee wird durch eine derartige gesetzliche Bestimmung naturgemäß sehr wesentlich gefördert, und es ist mehr wie wahrnehmlich, daß die beregte Maßnahme namentlich an der Grenze gegen Deutschland bereits im Frieden eingeleitet wird.

*** Deutschland und Kanada.** Der kanadische Finanzminister Fielding sprach im Verlaufe seiner bereits kurz gemeldeten Budgetrede sehr eingehend über die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada. Kanada sei willens gewesen, Deutschland alle Vereinfachungen zu gewähren, die es irgend einem anderen auswärtigen Lande einräumte. Deutschland sei hiernit nicht zurückbehalten gewesen, sondern habe auf der Vorzugsbehandlung bestanden, welche Kanada Großbritanniens gewährt. Da dies abgelehnt wurde habe

Deutschland den kanadischen Handel dadurch gestraft, daß es auf kanadische Waren einen höheren Zoll legte. Die kanadische Regierung sei oft geabelt worden, daß sie diesem Vorgehen nicht mit einer Sondergesetzgebung antwortete. Sie hätte es aber in dieser internationalen Angelegenheit vorgezogen, mit Sorgfalt und Geduld vorzugehen und hätte ihre Ansichten auch der deutschen Regierung mitgeteilt. Dies sei sowohl durch die britische Regierung selbst als auch durch direkte Verhandlungen mit dem kaiserlich deutschen Konsul in Kanada geschehen. Aber obgleich derartige Verhandlungen 5 Jahre andauern hätten, seien alle Verhandlungen erfolglos geblieben. Er schloß daher jetzt vor, in den Tarif eine Klausel einzufügen, welche gemeinschaftlich dem neuen deutschen Zolltarif entnommen sei: er schloß vor, daß, wenn irgend ein fremdes Land die aus Kanada eingeführten Waren ungünstiger behandle als Waren aus irgend welchen anderen Ländern, auf die Waren solcher Länder ein Aufschlagszoll gelegt werden solle. Dieser Aufschlagszoll solle ein Drittel der Höhe des Generaltarifs betragen. Eine solche Klausel sei in ihrem Wesen allgemeingültig, werde sich aber sofort auf die Einfuhr aus Deutschland erstrecken mit dem Vorbehalt, daß sie sich nicht auf diejenigen Waren beziehen solle, welche vor dem 16. April gekauft seien.

Der kanadische Finanzminister hielt sich außerordentlich nach Kanada hat, nicht nur in England zu benutzigen, den deutschen Waren die Meistbegünstigung entgegen. Daß Deutschland sich das nicht einfach gefallen ließ, sondern gleiches mit gleichem vergalt, war selbstverständlich. Unter den erhöhten Differenzialzöllen hat gegen sein Ermögen Kanada bisher mehr gelitten als Deutschland; die kanadische Ausfuhr zu uns hat, wie schon wiederholt mitgeteilt ward, stark abgenommen, unsere Ausfuhr nach Kanada nicht. Will nun Kanada den Zolltarif verändern, so bringt es auch uns mehrere Millionen auf und dürfte doch nach den bisherigen Erfahrungen bei dem unnuß vom Jahre gebrochenden Streit den Kürzeren gehen.

Unter den Vorwürfen, die der Finanzminister Fielding dem Parlament antwortete, befindet sich folgende: Auf § 1491 Abs. 1 n. d. Z. d. Z. ist ein Zoll von 7 Dollars für die Zölne gelegt worden; doch soll dieser Satz nicht eher in Kraft treten, als bis der Gouverneur sich überzeugt hat, daß die kanadischen Werte die für den Bedarf Kanadas nötigen Gütern in genügender Menge und Beschaffenheit herstellen. Die Zollbestimmung ist als ein weiteres Jahr ausgesetzt worden. Der Zoll für im Ausland gebaute Schiffe soll abgelehnt werden, da die Lizenzabgabe an seine Stelle getreten ist.

*** Zum Trierer Geheimrat.** Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß in Trier tatsächlich trotz der öffentlichen Aufhebung des bishöflichen Erlasses gegen die partielle Döckerhörschule insoweit mit den Mitteln der Anwerbung der Absolventenverweigerung gearbeitet wird. Das wäre nicht bloß ein unerträgliches Verhalten von Bischof und Geistlichkeit, sondern selbst gute Katholiken geben zu, daß aus einem solchen Anlaß, wenn Eltern ihre Kinder in Schulen gewählter Konfession schicken, die Absolution gar nicht verweigert werden darf. Der Trierer Bischof und sein Klerus vergehen sich also selbst gegen die Regeln ihrer eigenen Kirche. Die Herausforderung gegenüber dem Staat kann letzterer, zumal nachdem Graf Bülow das bishöfliche Verhalten in dieser Angelegenheit als unerträglich proklamiert hat, unmöglich gefallen lassen; die Regierung muß durchgehen, daß die Rücknahme des Erlasses nicht bloß ein angereger Spott bleibt. Das Organ des Bischofs Morum, die „Trierer Anzeiger“, teilt jetzt in gepolter Schrift mit:

*** Trier, 15. April.**
Von einer endgültigen Befolgung des sogenannten Trierer Schulreits wird in den letzten Tagen in Trier wieder viel geredet; es wird behauptet, daß mit Beginn des neuen Schuljahres an der sogenannten partiellen höheren Mädchenschule und dem Lehrentium durchaus bestehende Verhältnisse eintreten. Demgegenüber müssen wir darauf hinweisen, daß von einer endgültigen Befolgung der Schwierigkeit und von einer herbeiziehenden Regelung bis jetzt nichts bekannt ist und alle derartige Gerüchte stets auf Mutmaßungen beruhen, teils mit Absicht ausgebreitet worden zum Zweck der Verwirrung. Wir weisen die katholischen Eltern besonders auf diese Lage hin, damit sie sich in ihren Entscheidungen, welcher Schule für ihre Kinder bei Beginn des neuen Schuljahres anvertrauen sollen, in keiner Weise beeinflussen lassen. Der Standpunkt, den katholische Eltern in dieser Frage einnehmen müssen, ist genau gekennzeichnet und unabweichend im dem Bericht der heutigen Kammer im Anschluß an den gleichen Artikel in Nr. 80 vom 8. April.

Der seltene Artikel ist überschrieben „Von der Verantwortlichkeit der paritätischen Schulen“, deren Gefahren für die Religion und die Sittlichkeit in den schwarzweißen Farben geschildert werden. Die von der Absolutionsverweigerung ist hier allerdings öffentlich nicht mehr die Rede; hier müßte genauer nachgefordert und der Beweis ihrer heimlichen Androhung zu erbringen gesucht werden. Auf jeden Fall wird die Verletzung gegen den konfessionellen Frieden von Bischof und Geistlichkeit unbedeutend fortgesetzt. Verhängnis voll der Fährde haben, der auf Veranlassung des Ministers erhaltener Widerruf des bekannten Rommischen Publikandum siehe tatsächlich nur auf dem Papier, in Wirklichkeit ist der Befehl des Bischofs nicht außer Kraft getreten und die Eltern dürften ihre Kinder nicht auf die partielle Döckerhörschule schicken. Ein Gutes dürfte übrigens der Trierer Fall haben; er kann auch weiterhin nur dahin wirken, daß die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes trotz aller erbrachten Drobungen der Zentrumspresse derzeit nicht erfolgt. Bischof Romm ist als

Zeitungsleiter jetzt nach der eifrigen Anwalt der Jesuiten und gemäß der Grundbestimmung des Jesuiten-Erlasses der Hört der Intoleranz und der sich ihm Feind des konfessionellen Friedens.

*** Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes.** Im Reichstage ist der Bericht der 22. Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes betr. weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes verteilt worden; die Zusammenstellung der Beiläufige ist bereits am 9. April ausgegeben. Der eingehende Bericht ist vom Abgeordneten Johann Dillenburg erstattet und von der Subkommission, die die Unvollständigkeit (?) zu befeitigen und die Fassung zu glätten habe, endgültig festgestellt worden. Die Kommission beantragt Annahme in der vorliegenden Fassung und ersucht die verbündeten Regierungen um baldige Vorlage eines Gegenentwurfs, wodurch die reichsgesetzliche Krankenversicherung auf die Hausindustrie und alle Handlungsgewerbe und Bergwerke, auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie auf die Dienstboten ausgedehnt wird. Für die nächste Session wird eine gründliche Reform des Krankenversicherungsgesetzes gefordert; zu deren Vorbereitung sollen den Vorsitzenden der Krankenkassen (Obmann) empfohlen, denen die Regelung der ärztlichen Behandlung und der Arzneiverordnung nebst Festlegung eines Tarifs der Honorierung, sowie der Entscheidung bezüglich der Streitigkeiten obliegt mit der Maßgabe, daß alle Ärzte und Apotheker, welche sich dieser Regelung unterstellen, als Kassenärzte und Apotheker im Sinne des Gesetzes gelten.

*** Eine Warnung an Auswanderer.** Der deutsche Konsul für das Nelson-Territorium Wenso veröffentlicht zur Warnung vor der Auswanderung nach Alaska A. A. Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen: Die Nachrichten über die Goldfelder im Tanana-Gebiet, denen jetzt alles zugunsten scheint, sind bis jetzt noch sehr unzuverlässig und widersprechend. Seit 1897 sind alle Jahre Warnungen erschienen, doch ist Wert zu setzen versucht worden, und es sind auch immer einige Hundert dorthin gegangen, so heute 2000 sind aber nicht gemacht worden. Das soll jetzt anders sein, ist aber sehr unmaßsicherlich, immerhin aber nicht ganz unmöglich. Viele, und zwar die Besonnenen, sind der Meinung, daß die günstigen Nachrichten wieder von den interessierten Transport-Gesellschaften (Campbell, Schiff- und Eisenbahngesellschaften) verbreitet worden sind, um Neudeutsche anzulocken. Gold wird ja in Alaska fast überall gefunden, aber nicht immer in lohnender Menge, um mit Erfolg zu arbeiten. Unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Bedingungen und Verhältnisse kann ich nur auf das eindringlichste davor warnen, eine Reise nach Dawson oder gar ins Tanana-Gebiet zu unternehmen.

*** Verzicht auf freiwillige Verhinderung kleiner Unternehmer** der Handelsminister hat die Regierungsvorhaben betam. Dem Verliner Handelspräsidenten folgenden Erlaß zugelen lassen: „In der Sitzung des Reichstages vom 9. Februar d. J. ist die unangenehme wirtschaftliche Lage zahlreicher kleiner Unternehmer (Handwerker usw.) hervorgehoben und bedauert worden, daß diese Personen von der in § 14 des Kommunalverordnungs-Gesetzes vorgesehenen Vereinfachung zur freiwilligen Verhinderung nur selten Gebrauch machten. Es ist deshalb angeordnet, die zur freiwilligen Verhinderung berechtigten Personen, insbesondere die Handwerker, wiederholt ausdrücklich auf diese gesetzliche Verfügung hinzuweisen zu lassen. Dieser Anregung entsprechend ersuche ich Sie, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß sie von jetzt zu Zeit die beteiligten Kreise über die Bedeutung und die wohltätigen Folgen der freiwilligen Verhinderung aufklären.“

*** St. Maj. der Kaiser hat aus Anlaß der am Donnerstag stattgefundenen Wiederkehr des Tages, an welchem der 25. Jahrestag des W. Feldzugs des Kaiserthums in den Dienst gestellt wurde, an die Anwesenheit des Bildungswesens in Kiel das folgende Begrüßungstelegramm gerichtet:**

Am heutigen Tage, an welchem vor 25 Jahren auf meinem Schiffe „Moltke“ zum ersten Male Flotte und Kommandogebiet gelegt worden sind, entsiehe ich den Offizieren und Mannschaften dieses Schiffes meinen herzlichsten Gruß mit dem Wunsch, daß das bewährte Schiff weiterhin glücklich fahren und erfolgreich seiner wichtigen Aufgabe gerecht werden möge. Köstlich!

Bekanntlich hat an Nord des „Moltke“ vor kurzem ein Schiffsfeuer stattgefunden, durch welches die Offiziersmesse sowie die darin liegenden Kammern nicht unerblich beschädigt wurden.

*** Personalnachrichten.** Die Prinzessin Eduard von Anhalt ist, wie schon kurz gemeldet, von einem Stutzen entbunden worden. Von den Wunden des Stuzens Friedrich hat der älteste, Kronprinz, nach einem Tage sich wieder hergestellt, der zweite, Friedrich, und der dritte, Albert, haben keine Kinder, während dem dritten außer einer Prinzessin jetzt der zweite Sohn geboren ist. — Königin Karola von Sachsen, die sich kürzlich in Gannes befindet, wird am nächsten Sonntag, den 19. April nach Dresden zurückkehren. Die Königin benutzt dabei den Nord-Süd-Brenner-Express. — Der Herzog von Anhalt, der sich kürzlich in Wentze bei Arnberg aufhielt, wird am nächsten Dienstag, den 21. April mit größtem Gefolge nach Ulzburg reisen. Der Herzog besucht ebenfalls den Nord-Süd-Brenner-Express.

* Die amtliche Ermittlung des Ergebnisses der Reichstagswahlen soll Sonntag, den 20. Juni erfolgen. Die Wahlkommission haben die Termine für engere Wahlen auf Donnerstag, den 25. Juni anberaumen. Bis zum 5. Mai d. J. soll die Gesamtzahl aller in die Listen eingetragenen Wähler der einzelnen Verwaltungskreise dem Minister des Innern unmittelbar angezeigt werden.

* Aus den Reichstagswahlkreisen. Einige Blätter bringen die Ansicht, daß der deutsch-französische Abgordnete Graf von Monon nicht wieder als Kandidat bei der Reichstagswahl zugelassen wird. Von unterrichteter Seite wird der „Neus-Bzg.“ diese Nachricht bestätigt. Graf von Monon, der bekanntlich im östlichen Kreise wohnt, aber seit zehn Jahren den Wahlkreis Witten-Lübbecke vertritt, hat schon im Februar d. J. darauf verzichtet, dort wieder zu kandidieren, weil er sich in dem bezeichneten Wahlkreise nicht wohnen erlauben wollte. Auf dem Reichstagswahlkreise wird er nicht zugelassen werden.

* Begleitete Anhänger der Sozialdemokratie. Wo sind sie zu suchen? Die neueste Parteiliteratur gibt eine deutliche Antwort darauf, sie verschieben, wie wir mitgeteilt haben, in auffallendem Maße an ihrer Spitze einen Beitrag zum Wohlfonds in Höhe von dreißigtausend Mark von „einem begleiteten Anhänger unserer Sache“. Ganz sicher ist dieser „begleitete Anhänger“ kein Propagandist, sondern ein Großkapitalist. Nur ein solcher vermöge eine so erhebliche Summe zu zahlen. Kann man aber wirklich glauben, daß ein Großkapitalist die sozialdemokratischen Ziele, Vernichtung des Kapitalismus, Vergesellschaftung des Eigentums billigen und unterstützen möchte? Der „begleitete“ dreißigtausend Mark-Spende ist jedenfalls weit davon entfernt.

Er erkennt in dem Wirken der Sozialdemokratie offenbar nur etwas jenseits sozialdemokratischer Interessen dienliches. Tatsächlich geht auch die Sozialdemokratie in ihrer ganzen „Gegenwartspolitik“ darauf aus, den Großkapitalismus zu fördern. Wären und Wüdergehehe hat sie bekämpft; sie sorgt für volle Wahlen und Wählerfreiheit. Die argsten Gegner des Großkapitalismus, die Konfessionen, werden von der Sozialdemokratie als „gütigen, nützlichen, Mittelschicht“ und „Landwirtschaft“, welche den großkapitalistischen Zielen, Privatmonopole zu schaffen und den ländlichen Grundbesitz zu mobilisieren, am kräftigsten Widerstand leisten, werden von der Sozialdemokratie auf die gefügigste Weise verächtlich und angefeindet. Da ist es wahrlich nicht zu verwundern, wenn die Sozialdemokratie unter den Großkapitalisten „begleitete Anhänger“ findet. Mehr als einer solcher Anhänger jendet im Stillen schon längst den sozialdemokratischen Kassen erhebliche Beiträge. Auch die letzte Parteitagung legt dazu Zeugnis ab, denn sie schickte mit einer Spende von sechshundert Mark und legt an Stelle des Namens dieses Wohlthäters einen Pseudonymen. Ein solches Pseudonym kann hinter jeden beliebigen „Angehänger“ der sozialdemokratischen „Sache“ gesetzt werden. Die Begleitung gilt nicht der „Sache“, sondern dem Werte, welcher der sozialdemokratischen Agitation innewohnt und für den die „Begleiteten“ gerne Tausende bar bezahlen in der feinen Zuversicht, daß sie mit dieser geschäftlichen Anlage keine schlechte Spekulation verfolgen.

* West, Verschulung und Volkswirtschaft in den wichtigsten Staaten. Das statistische Seminar an der Wiener Universität hat sich in der letzten Zeit mit dem Werte der europäischen Staaten an mehreren Seiten und in der verschiedensten Weise beschäftigt. Die erste dieser Forschungen ist in der österreichischen „Statistischen Monatschrift“ niedergelegt, aus der Wolffs „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ eine Reihe wichtiger und interessanter Punkte zusammengefaßt hat. Dahn geht zunächst die Aufgabe, die in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat, die Kapitalfrage. Die Kapitalfrage ist die Frage, die seit 100 Jahren nur noch recht wenig beantwortet ist. Wurden bisher in der Pariser Wörke im Jahre 1800 nur sieben Milliarden notiert, und heute berechnen wir, so hat sich das mobile Kapital in Europa auf über 400 Milliarden Franken, in Amerika die Summe der in Aktienform befindlichen Aktien und Bonds auf über 25 Milliarden betragen. Die vorliegende Zahl von 400 Milliarden wird übrigens überschätzt, wenn man folgende Zusammenstellung ins Auge faßt. Auf Grund der Schätzung verschiedener Autoren, die in den Jahren von 1898—99 vorgenommen wurde, betrug nämlich das mobile Kapital in England 182,8 Milliarden Franken, in Deutschland 92,0 in Frankreich 90—85, in Österreich auf 60 000, in Italien auf 17,5, in Portugal 18,6, in Spanien 9,5, in Belgien 8,8, in der Türkei 4,3, in Dänemark 3,7, in Norwegen 2,7, in Rumänien 1,8, in Norwegen 0,8 Milliarden Franken. Das sind zusammen 699 Milliarden Franken, die die Summe der in Aktienform befindlichen Aktien und Bonds in der gesamten Welt nur 25 Milliarden betragen. Die vorliegende Zahl von 400 Milliarden wird übrigens überschätzt, wenn man folgende Zusammenstellung ins Auge faßt. Auf Grund der Schätzung verschiedener Autoren, die in den Jahren von 1898—99 vorgenommen wurde, betrug nämlich das mobile Kapital in England 182,8 Milliarden Franken, in Deutschland 92,0 in Frankreich 90—85, in Österreich auf 60 000, in Italien auf 17,5, in Portugal 18,6, in Spanien 9,5, in Belgien 8,8, in der Türkei 4,3, in Dänemark 3,7, in Norwegen 2,7, in Rumänien 1,8, in Norwegen 0,8 Milliarden Franken.

Das Volkswirtschaften wird von verschiedenen Autoren geschätzt in den Vereinigten Staaten auf 322 800 Mill. Franken, in England auf 243 000, in Frankreich auf 192 300 bis 215 000, in Preußen auf 147 000, in Österreich auf 60 000, in Italien auf 32 000, in Ungarn auf 31 100, in Holland auf 22 350, in Württemberg auf 10 600, in Schweden auf 7 900. Eine Vergleichbarkeit dieser Zahlen ist aber nicht bloß dadurch ausgeschlossen, daß sie nach ganz verschiedenen Methoden auf ungleichen Grundlagen zu verschiedenen Zeiten erhoben wurden, sondern auch dadurch, daß nicht die gleichartigen Branchen in den verschiedenen Staaten nicht gleichmäßig durchgeföhrt werden, daß die Einschätzung für Steuerzwecke nicht immer auf die Feststellung des wahren Wertes gerichtet ist und die Steuerermoral der Völker keineswegs gleich hoch liegt. Gleichwohl wird man, so lange es ausgeschlossen ist, daß die europäischen Staaten in der gleichen Weise den Wert der wirtschaftlichen Leistung vornehmen, immer wieder irrationale Einschätzungen unternehmen, da sie trotz ihrer hauptsächlich die Vergleichbarkeit beeinträchtigenden Mängel doch großen Wert besitzen.

Inland.

Die macedonische Bewegung.

In Makedonien blüht gegenwärtig das Matter der Zeitungs-Korrespondenten. Gestern wurde, wie bereits erwähnt, der „Times“-Korrespondent zu berichten, die macedonische Organisation habe die allgemeine Erhebung für dieses Jahr aufgegeben. Heute finden wir in einem Bericht des Neuesten Bureau aus Saloniki folgende Mitteilungen:

Einem der europäischen Konsuln ging am 11. April ein in mangelhaftem Griechisch abgefaßtes Dokument zu, angeblich das Wert eines früheren Mitglied des bulgarischen Revolutionärs. Der Verfasser vertritt in diesem Schreiben die Ansicht, daß die macedonische Bewegung die macedonische Bewegung ist, die die bulgarischen Völker in Makedonien eingeleitet haben. Dem Schriftstück war eine bulgarische Banknote über 50 Francs beigelegt.

auf der es heißt, daß sie nach der Befreiung Makedoniens in Gail wird eingeleitet werden. Die ganze Bevölkerung von Makedonien ist nach den Angaben dieses Schriftstücks zu werden der Befreiung in drei Klassen eingeteilt. Die erste Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 200 Mark bis zu 1000 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die zweite Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 100 bis zu 200 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die dritte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 50 bis zu 100 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung.

Die dritte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 50 bis zu 100 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die vierte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 20 bis zu 50 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die fünfte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 10 bis zu 20 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung.

Die fünfte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 10 bis zu 20 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die sechste Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 5 bis zu 10 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung.

Die sechste Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 5 bis zu 10 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die siebente Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 2 bis zu 5 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung.

Die siebente Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 2 bis zu 5 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung. Die achte Klasse sind diejenigen, welche im Werte von 1 bis zu 2 Mark ansgenommen. Am Falle der Befreiung wird ihnen der Kommissar der Kohlenverehrung.

Frankreich.

Leubet in Alger.

Der Präsident Leubet ist Freitag vormittag, von einer großen Menschenmenge lebhaft begrüßt, in Oran angekommen.

Zur Auflösung der Kongregationen. Der Polizeikommissar teilte den Kongregationen den Auflösungsbeleg mit. Die auserwählte Frist für die Auflösung ist auf einen bis drei Monate festgesetzt.

Ein Polizeikommissar legte Siegel an die Pforten der Kartäuser in Saint-Germain. Vater, der bei den Behörden als Eigentümer der Fabrik angemeldet ist, hat Einspruch erhoben. Von der Menge wurden feindselige Aufre gegen den Polizeikommissar ausgesprochen.

Chgar Combes und die Kartäuser.

Der Unterstaatssekretär berichtete dem Minister des Innern die Angelegenheit der Kartäuser. Der Minister hat die Angelegenheit der Kartäuser an die Kommission für die Kartäuser übergeben.

Niederlande.

Nach dem Eisenbahnstreik? Die Regierung hatte mit den Vertretern der großen Eisenbahngesellschaften über die Aufhebung der militärischen Streckenbesetzung eine Beratung.

Russland.

Zur Vergevaltigung in Finnland. Den Finnländern wird gleichzeitig mit den letzten erwähnten Antragsmaßnahmen von neuem gedroht. Sie erhalten folgende Meldung:

St. Petersburg, 18. April. Die „Finländische Zeitung“ bespricht an leitender Stelle das Schriftstück des Kaisers an den Generalgouverneur von Finnland, wodurch diesem eine außerordentliche Vollmacht zur Sicherung der uralischen Ordnung und der allgemeinen Ruhe Finnlands verliehen wird. Der Artikel schließt mit dem Worte: Wir wollen hoffen, daß diese außerordentlichen Maßnahmen zu noch gewinnlicheren Resultaten führen und damit der Notwendigkeit zu noch härteren Maßnahmen vorbeugt wird, bei denen augenscheinlich die russische Regierungsgewalt nicht stehen bleiben wird, um was es auch gehen möge, den für jeden neuen Anlaß seitigen selbstherrlichen Willens des Kaisers von Rußland zu vermindern.

Zurlet.

Personalien. Nach dem Schlimm am Freitag empfang der Sultan den Herzoglich-sachsenanischen Botschafter Freiherrn v. Goltze und den russischen

Botschafter Antonow in Audienz. Auch der deutsche Gesandtenrat wurde zum Eintun in Audienz empfangen. General Combes, ehemaliger Generalstabschef im griechisch-türkischen Kriege, soll zum Leiter der militärischen Aktion in Albanien ausersenden.

Portugal.

Die Arbeiter. Nachrichten aus Oporto zufolge sind dort 100 Soldaten bei in Oporto lebenden 18. Januarinterregnum, welche gemeint hatten, in aller Stille nach Afrika eingeschifft worden.

Noramerika.

Das amerikanische Geschäft. Das amerikanische Geschäft in Oporto ist sehr lebhaft. Die Präsidenten Leubet teilgenommen, ist nicht das nordeuropäische Geschäft, sondern das südliche. Die Präsidenten Leubet teilgenommen, ist nicht das nordeuropäische Geschäft, sondern das südliche. Die Präsidenten Leubet teilgenommen, ist nicht das nordeuropäische Geschäft, sondern das südliche.

Afrika.

Die französische Regierung erteilt (nach einer Meldung der „Magd. Ztg.“) auf Ansuchen des einen belgischen Konsuln mehrere hunderttausend und hunderttausend Francs gegen eine Jahresabgabe von anderthalb Millionen Francs.

Asien.

Wegen der toten Mulla. Ein Depesche des General Manning aus Galabi (Somaliland) vom 12. April meldet, daß die von ihm befehligte Abteilung am 11. d. M. südwestlich von Galabi ein erfolgreiches Gefecht gegen die Anhänger des Mulla geführt und ihnen schwere Verluste an Toten beigebracht hat; außerordentlich viel Vieh wurde erbeutet. Auf englischer Seite fiel ein Mann, der durch einen Speer getroffen wurde.

Norbrasilien.

Vom Präsidenten in Maroff. Nach einer Meldung aus Mexiko soll der Präsident der Mulla erkrankt haben, bei als kriegsähnliche Mulla erkrankt haben. Nach habe er Not an den Gouverneur von Mexiko geschickt, die diesem Gesandte überreichen und ihn der freundschaftlichen Zustimmung des Präsidenten für Spanien verlocken sollten.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Sibirien.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

Die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage. In der Versammlung der Arbeiter von Johannesburg beschloß die Arbeiter die Arbeiterfrage.

